

N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am
27.05.2020**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:30 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste (Anlage 1)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung zur ersten Präsenzsitzung während der Corona-Pandemie stellt **Herr Adamek, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Es sind 9 von 9 Stadträten anwesend.

Herr Adamek erläutert die Regeln der Präsenzsitzung, u.a.:

- Die Verantwortung obliegt dem Ausschussvorsitzenden.
- Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregeln.
- Es besteht eine begrenzte Anzahl von Plätzen für die Öffentlichkeit (9 Plätze).
- Fragen zur Tagesordnung in der Einwohnerfragestunde werden zugelassen.
- Frau Grahneis, Ortsbürgermeisterin Dessau-Kochstedt, darf im TOP 8.2 Änderungsbebauungsplänen Nr. 136 A 1.1 „Entwicklungsgebiet Dessau-Kochstedt“ – Auswertung der frühzeitigen Beteiligung und Arbeitsrichtungsbeschluss zur Entwurfsplanung zum Thema sprechen, ein Rederechtsantrag ist gemäß Hauptsatzung nicht notwendig.
- Zügiges Behandeln der Tagesordnungspunkte.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird durch Herrn Adamek, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt zur Abstimmung gestellt.

Die Fraktion Die Linke wird zum TOP 8.1 Verzicht auf Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide (Pflanzenschutzmittel) auf den kommunalen Flächen der Stadt Dessau-Roßlau einen Änderungsantrag einbringen.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Tagesordnung wird ungeändert, einstimmig bestätigt.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 20.02.2020

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 3

Die Niederschrift wird ungeändert bestätigt.

4 Bestätigung der Beschlüsse aus dem schriftlichen Verfahren 22.04.2020

- 4.1 Maßnahmebeschluss**
Energetische Teilsanierung Anhaltisches Berufsschulzentrum "Hugo Junkers"
Fördermaßnahme STARK III, Schulsporthalle (Bauteil D)
Vorlage: BV/449/2019/III-65

Abstimmungsergebnis: **9 : 0 : 0**

Dem Beschluss aus dem schriftlichen Verfahren wird zugestimmt.

- 4.2 Bebauungsplan Nr. 112 "Hans-Heinen-Straße mit örtlichen Bauvorschriften"**
- Befreiung von der textlichen Festsetzung Nr. 4
Vorlage: BV/465/2019/III-61

Abstimmungsergebnis: **9 : 0 : 0**

Dem Beschluss aus dem schriftlichen Verfahren wird zugestimmt.

- 4.3 Infrastrukturvorhaben im Zuge der Trassenänderung des Elberadweges**
-Maßnahme Radwege Gropiusallee - Novellierung des Maßnahme-
beschlusses
Vorlage: BV/040/2020/III-66

Abstimmungsergebnis: **9 : 0 : 0**

Dem Beschluss aus dem schriftlichen Verfahren wird zugestimmt.

- 4.4 Bebauungsplan Nr. 151 "Revitalisierung Gasviertel"**
-Verlängerung der befristeten Befreiung von Festsetzungen für die
Weinternutzung einer Stellplatzanlage
Vorlage: BV/053/2020/III-61

Abstimmungsergebnis: **9 : 0 : 0**

Dem Beschluss aus dem schriftlichen Verfahren wird zugestimmt.

- 4.5 Maßnahmebeschluss**
Umsetzung brandschutztechnischer Forderungen
Grundschule "Geschwister Scholl", Mauerstraße 35, 06844 Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/066/2020/III-65

Abstimmungsergebnis: **9 : 0 : 0**

Dem Beschluss aus dem schriftlichen Verfahren wird zugestimmt.

- 4.6 Herstellung des Schlossumfeldes im Georgengarten (Teil 1 und Teil 2)**
Vorlage: BV/054/2020/III-61

Abstimmungsergebnis: **9 : 0 : 0**

Dem Beschluss aus dem schriftlichen Verfahren wird zugestimmt.

- 4.7 Vergabe von Planungsleistungen**
Teilsanierung der integrativen Kindertageseinrichtung "Buratino" in Dessau-Roßlau, OT Meinsdorf
Vorlage: BV/061/2020/III-65

Abstimmungsergebnis: **9 : 0 : 0**

Dem Beschluss aus dem schriftlichen Verfahren wird zugestimmt.

- 5 Bestätigung der Beschlüsse aus dem schriftlichen Verfahren 07.05.2020**

- 5.1 Umgestaltung der Johannisstraße**
Vorlage: BV/045/2020/III-66

Abstimmungsergebnis: **8 : 1 : 0**

Dem Beschluss aus dem schriftlichen Verfahren wird zugestimmt.

- 5.2 Ersatzneubau der Schule für Körperbehinderte "Schule an der Muldaue"**
Vorlage: BV/068/2020/III-65

Abstimmungsergebnis: **9 : 0 : 0**

Dem Beschluss aus dem schriftlichen Verfahren wird zugestimmt.

- 5.3 Vergabe von Bauleistungen**
STARK III Energetische und Allgemeine Sanierung der Sekundarschule "An der Biethe", Haus 1, LOS 104 - Rohbau 2 (Verg.-Nr. 17/2020 De-Ro)
Vorlage: BV/114/2020/III-65

Abstimmungsergebnis: **9 : 0 : 0**

Dem Beschluss aus dem schriftlichen Verfahren wird zugestimmt.

6 Einwohnerfragestunde

Bürger 1 hat folgende Fragen eingereicht:

(Anmerkung der Schriftführerin: schriftlich eingereichte Fragen werden in der Niederschrift wortwörtlich zitiert.)

Entsorgung Mundschatz

„Im Moment soll man nach Möglichkeit einen Mundschatz in der Öffentlichkeit tragen. Problematisch wird es, dass diese Mundschatze jetzt immer öfter in der Natur und im Stadtbild auftauchen, weil sie jemand einfach irgendwo hingeworfen hat. Da keiner weiß, ob von einem Infizierten oder Gesunden sollte dieses auch entsprechend entsorgt werden. Meiner Meinung nach handelt es sich hier um medizinische Abfälle, die eine spezielle Entsorgung erfordern. Genau dasselbe mit den Reinigungsstationen vor Supermärkten. Wir desinfizieren

mit Papiertüchern, die wir dann einfach entsorgen. Ohne zu wissen ob Corona-Viren vorhanden sind oder nicht.

Gibt es dazu Konzepte der Regelungen? Wie konkret will man dem Problem der herumliegenden Mundschutze begegnen? Wie sehen die Gesundheitsgefahren dabei aus? Wie ganz konkret verhält sich der Sachverhalt?

Die Anfrage wird an den Eigenbetrieb Stadtpflege zur Beantwortung weitergeleitet.

Schäden an Mauer der Meisterhäuser

„Die Stadt Dessau hat eine Mauer bauen lassen und zwar an den Meisterhäusern. Diese hat die Bürger dieser Stadt sehr viel Geld gekostet. Wenn man viel Geld für etwas ausgibt, geht man davon aus, auch eine sehr hohe Qualität zu bekommen. Das scheint nur nicht der Fall zu sein. An mehreren Stellen treten Rostlöcher auf von der Größe eines 5 Mark Stückes. Es handelt sich hier um eine Betonmauer. Und dann Rostlöcher von dieser Größe. Ich habe auch schon die ersten Risse in der Mauer gesehen. Ich konnte mir nur die Seite zur Straßen ansehen, zur anderen Seite habe ich keinen Zugang. Was auch auffällt, ist, dass scheinbar schon früher solche Löcher repariert worden sind. Und davon reichlich. Ist das allen bekannt? Baupfusch? Oder so bestellt bei der Ausschreibung? Soll das Problem abgestellt werden? Wer trägt die Kosten? Wie ganz konkret verhält sich hier der Sachverhalt?

Die Anfrage wird an die Stiftung Bauhaus Dessau zur Beantwortung weitergeleitet.

Bürgerin 2 hat folgende Fragen eingereicht:

Waldrodung in der Waldsiedlung Dessau-Kochstedt

„Im vorgesehenen Baufeld der geplanten Erweiterung Waldsiedlung sollen nach Plan viele Eichen gefällt werden, so dass Freischlagsflächen entstehen.

Wie verhalten sich die veränderten, neu entstandenen Windlasten auf die verbleibenden Bäume in dem nach Forstwirtschaftlichem Gutachten wertvollem Biotop und den angrenzenden Bereichen z.B. Habitat? In den Ausführungen der Stadtverwaltung wird auf eine Art separaten Umweltbericht verwiesen. Wie weit ist hier der Bearbeitungsstand? Kann ein negatives Umweltgutachten das Bauprojekt verhindern?“

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt antwortet, dass das Thema der Windlasten bislang noch nicht behandelt worden ist. Derzeit befindet sich das Projekt nach der frühzeitigen Bürgerbeteiligung im Vorentwurf. Detaillierte Fachfragen, wie die der Windlasten werden zur gegebenen Zeit behandelt.

„Das Landeswaldgesetz Sachsen-Anhalt gibt genehmigungsfreien Kahlhieb bis max. 2 ha privaten Waldes frei. Das Bundesnaturschutzgesetz verhindert Fällungen und den Eingriff in die Natur für ausgewiesene Habitate. Im betroffenen Gebiet sind zwei Stellen als Habitate ausgewiesen worden. Was passiert mit dem Habitat, wenn der Eigentümer die Bäume fällt, falls nicht gebaut wird?“

Frau Schlonski betont die Wichtigkeit Biotope zu schützen, auch bei einer Waldbewirtschaftung.

„Wurde seitens der Stadtverwaltung geprüft, dem Investor Ausgleichsgrundstücke anzubieten?“

Die Frage ist bereits mehrfach an die Stadt herangetragen worden. Die Stadt ist nicht in der Pflicht einen privaten Eigentümer Ersatzflächen zur Verfügung zu stellen, wenn dieser auf seinen Flächen ggf. Einschränkungen in der Nutzbarkeit auferlegt bekommt, informiert Frau Schlonski.

Bürger 3

Weist ergänzend auf die 2.300 gesammelten Unterschriften von Bürgern, u.a. 1.000 aus Dessau-Kochstedt, die sich gegen den Bau entschieden haben.

Bürger 4

Bürger 4, der Eigentümer des Grundstücks, beschreibt den Verlauf seiner Investitionsabsichten unter Protesten der Bürgerinitiative. Gekauft habe er das Grundstück vor acht Jahren mit einem bestehenden Bebauungsplan.

Seiner Meinung nach fehle es bei der Bürgerinitiative an Kompromissbereitschaft, wohin gegen er von seinen Erstplänen umfangreich abgewichen sei. Er wünscht sich mehr Unterstützung der Politik. Beantragt habe er 27 EFH, nunmehr stehen 6 EFH zur Genehmigung. Von den Anfangs geplanten 46 Baumfällungen verblieben jetzt 21 zu fällende Bäume. Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen würden durchgeführt werden.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt erläutert, dass die Stadtverwaltung im Rahmen eines solchen Verfahrens aufgefordert ist, die Interessen beider Parteien abzuwägen. Aus Rücksicht auf die Interessen der Bürgerinitiative sowie in Abwägung der Belange des Natur- und Umweltschutzes hat es Veränderungen in den Investitionsplänen gegeben, die im TOP 8.2 näher beschrieben werden.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Stand der Umsetzung des Ergebnis- und Finanzhaushaltes zum 31. Dezember 2019 **Vorlage: IV/012/2020/II-20**

Es gibt kein Einführungs- und Redebedarf.

Abstimmungsergebnis:

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.2 Auftragsvergabe der Stadt Dessau-Roßlau - Vergabestatistik 2019 **Vorlage: IV/017/2020/II-30**

Bei der Auftragsvergabe ist das Verhältnis von regionalen Anbietern zu überregionalen Anbietern unregulär. Herr Adamek, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt schlägt vor, diese Problematik regelmäßig zu thematisieren.

Abstimmungsergebnis:

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Die Linke stellt zu folgenden Themen Nachfragen:

Zustand Fahrradweg Zunftstraße

Auf dem Fahrradweg in der Zunftstraße verhindern Wurzelaufwölbungen ein ungehindertes Befahren des Weges. Herr Dr. Brozowski fragt an, ob das der Stadtverwaltung bekannt ist und was dagegen getan werden kann.

Herr Säbel, Leiter Tiefbauamt teilt mit, dass es geplant ist, den Fahrradweg zurückzubauen, um mehr Flächen für die Bäume zu gewinnen. Das Fahrradfahren wird dann auf der Straße möglich sein. Die finanziellen Mittel sind seitens des Tiefbauamtes für den Haushalt 2021 angemeldet.

Markierung Fahrradweg Bahnhofsvorplatz

Herr Dr. Brozowski weist darauf hin, dass sich die Markierung (Fahrradembleme) des neu angelegten Fahrradweges auf dem Bahnhofsvorplatz auflöst. Das Tiefbauamt wird sich die Gegebenheiten vor Ort ansehen.

Herr Präger fragt nach dem aktuellen Baufortschritt zur:

Grundschule Tempelhofer Straße

Derzeit laufen die Vergabeverfahren. Im Juni 2020 wird der Baubeginn sein, informiert Herr Bekierz, Leiter Zentrales Gebäudemanagement.

Herr Focke fragt zu folgendem Thema nach:

Elberadweg Höhe Kornhaus

Der Elberadweg in Höhe des Kornhauses führt auf der einen Seite an einem Kiosk und auf der anderen Seite an einem Spielplatz vorbei. Der Fahrradweg wird oft von Fußgängern, die sich von einer zur anderen Seite des Weges bewegen überquert. Eine vermehrte Anzahl von Personen/Kindern auf dem Radweg stellt eine Gefahr für Radfahrer, die mit hoher Geschwindigkeit unterwegs sind, dar. Ist es möglich, diesen Abschnitt des Radweges mit einem Warnschild für Radfahrer extra zu kennzeichnen? Die Anfrage wird an das Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung zur Prüfung weitergeleitet.

Die Anfragen von Herrn Adamek werden, um den Ausschuss so kurz wie möglich zu halten, gesondert bei der Stadtverwaltung zur Beantwortung nachgereicht.

8 Beschlussfassungen

8.1 Verzicht auf den Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide (Pflanzenschutzmittel) auf den kommunalen Flächen der Stadt Dessau-Roßlau **Vorlage: BV/012/2020/III-83**

Frau Schlonski betont die Notwendigkeit der politischen Zustimmung. Sie weist darauf hin, dass die Festlegungen zum Umgang mit Herbiziden das hoheitliche Handeln der Stadtverwaltung betrifft, aber auch den politischen Raum tangiert (Beitrag zum Thema Dessau-Roßlau als Umweltstadt).

Herr Jähnichen, Amtsleiter Umweltamt gibt eine Einführung.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Die Linke stellt folgenden Änderungsantrag:

Punkt 1. Unter Beschluss 1.: Der Passus "Herbiziden mit dem Wirkstoff Glyphosat" wird ersetzt durch „allen chemisch-synthetischen Herbiziden“

Punkt 2. Unter Beschluss 6.: nach „... auf alternative Behandlungsmethoden verweisen“ wird folgender Satz eingefügt: „Die Aufklärung über das allgemeine Ausbringungsverbot von Pflanzenschutzmitteln auf befestigten Freilandflächen (gemäß §12 Pflanzenschutzgesetz) ist hier ein wesentlicher Aspekt.“

Der Änderungsantrag liegt der Niederschrift als Anlage 2 bei.

Nach erfolgter Diskussion stimmen die Mitglieder des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt folgender Vorgehensweise/Änderung zu:

Der Punkt 1 wird an den Stadtpflegebetrieb weitergeleitet, mit der Bitte im Stadtrat am 10.06.2020 Stellung zu nehmen, ob die Änderung übernommen werden kann.

Der Wortlaut vom Punkt 2 wird vom Einreicher in die Beschlussvorlage übernommen.

Herr Frisch, Fraktion AfD fragt nach, mit welchem Kosten- und Zeitaufwand die Vernichtung des Unkrauts mit heißem Wasser verbunden ist.

Die Anfrage wird an den Stadtpflegebetrieb zur Beantwortung weitergeleitet.

Abstimmungsergebnis:

9:0:0

Die Beschlussvorlage wird geändert beschlossen.

8.2 Änderungsbebauungsplan Nr. 136 A 1.1 "Entwicklungsgebiet Dessau-Kochstedt" - Auswertung der frühzeitigen Beteiligung und Arbeitsrichtungsbeschluss zur Entwurfsplanung Vorlage: BV/018/2020/III-61

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt führt in die Beschlussvorlage ein.

Nach der frühzeitigen Bürgerbeteiligung zum Entwurf (mit 40 Stellungnahmen unterschiedlicher Art) hat sich die Verwaltung entschieden, das Gebiet eine ganze Vegetationsperiode zu beobachten, um mit den Einwänden fachgerecht umzugehen.

Nach Prüfung der Belange wurden in Abstimmung mit dem Investor folgende Veränderungen in den Investitionsplänen festgelegt:

- den Eingriff in den Waldbestand deutlich zu reduzieren (vorher 9000 m², jetzt ca. 6000 m²) und
- die Anzahl der zu bauenden Häuser zu verringern.

Dieser Kompromiss wurde im November 2018 in einem nicht öffentlichen Abstimmungsgespräch zwischen Verwaltung, Politik, Bürgerinitiative und Investor der Bürgerinitiative vorge schlagen. Zu einer Einigung kam es nicht.

Details zur Umwelt und zu den Biotopen werden, wenn der Entwurf in eine detailliertere Fassung geht, abschließend geklärt. Es werden zusätzliche Gutachten (u.a. auch zum Windbruch) erstellt.

Herr Schmidt, Abteilungsleiter Städtebau und Planungsrecht gibt ergänzend zu den Ausführungen folgende Informationen:

Recht des Eigentümers auf Waldbewirtschaftung

In dem bestehenden Bebauungsplan ist Wald festgesetzt worden. Hierzu gilt das Landeswaldgesetz, welches neben den natur- und umweltbezogenen Funktionen des Waldes auch Bezug zum Wald als Wirtschaftsfaktor enthält. Jeder Waldbesitzer ist nicht nur verpflichtet im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht dafür zu sorgen, dass das Betretungsrecht im Wald ausgeübt werden kann, sondern hat auch die Möglichkeit den Wald als Wirtschaftsgut zu betrachten und dort unter Berücksichtigung naturschutzrelevanter Aspekte Bäume zu entnehmen.

Gefahr des Windbruches

Im Rahmen einer Umweltprüfung muss untersucht werden, ob Gefahrenaspekte zu den verbleibenden Bäumen bestehen. Nach den jetzigen Stellungnahmen liegen derzeit keine Anhaltspunkte für einen Windbruch vor.

Erst wenn die politischen Gremien das Voranschreiten des Verfahrens beschließen, dann wird man zum Entwurf des Bebauungsplanes (Vorschrift des BauGB) eine Umweltprüfung durchführen. Geprüft wird u.a., ob für die Nachbarschaft oder für die angrenzenden Bewohner selbst, Gefahrenaspekte durch die verbleibenden Bäume bestehen.

Herr Adamek gewährt Frau Grahneis, Ortsbürgermeisterin Dessau-Kochstedt Rederecht. Frau Grahneis fordert die politischen Gremien dazu auf, dem ablehnenden Votum des Ortschaftsrates Dessau-Kochstedt zum geplanten Bauvorhaben zu folgen.

Vereinzelte Mitglieder des Ausschusses erläutern ihr Abstimmungsverhalten. Gründe für das Dagegenstimmen sind:

- das Setzen auf das Stärken der Innenstadt und
- die Ablehnung des Ortschaftsrates, welche nicht übergangen werden sollte.

Abstimmungsergebnis:

4:4:1

Die Beschlussvorlage wird abgelehnt.

8.3 Änderung der Satzung des Beirates für Stadtgestaltung Vorlage: BV/024/2020/III-61

Abstimmungsergebnis:

8:0:1

Die Beschlussvorlage wird ungeändert beschlossen.

8.4 Bebauungsplan Nr. 121 G "An der Hauptstraße" - Befreiung von einer festgesetzten öffentlichen Grünfläche für die Errichtung eines Carports Vorlage: BV/080/2020/III-61

Abstimmungsergebnis:

9:0:0

Die Beschlussvorlage wird ungeändert beschlossen.

**8.5 Umgestaltung der ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) -Schnittstelle
Bahnhofsplatz Dessau - Umbau der Fahrradabstellanlage -
Vorlage: BV/109/2020/III-66**

Herr Säbel, Leiter Tiefbauamt erläutert auf Nachfrage von Herrn Präger, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, dass der Zugang zu den Fahrradcontainern je nach Nutzung erfolgt. Z.B können Tageskunden diese nur zu den Öffnungszeiten der Mobilitätszentrale nutzen.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Die Linke hinterfragt die Kosten für die Fahrradabstellplätze in Höhe von 310.000 EUR und deren Wirtschaftlichkeit. Herr Säbel bestätigt, dass sich die Summe auf 3 abschließbare Fahrradräume mit jeweils 10 Stellplätzen und die nicht 3 abschließbaren Fahrradräume mit ebenso 10 Stellplätzen beziehen. Die Kosten entsprechen der jetzigen Auftragslage.

Herr Bernstein, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste befürchtet, dass die Boxen die Sicht auf die dahinterliegende Imbisseinrichtung beeinträchtigen könnte. Herr Säbel informiert, dass eine Änderung in der Gestaltung nicht möglich ist. Da zwischen den Boxen eine sichtbare Lücke bleibt, wird der dahinterliegende Imbiss sichtbar sein.

Abstimmungsergebnis:

9:0:0

Die Beschlussvorlage wird ungeändert beschlossen.

**8.6 Sicherung des städtischen Grüns
Vorlage: FV/005/2020/BÜRGER**

Herr Adamek, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt beantragt das Rederecht für den Einreicher der Beschlussvorlage Herrn George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste. Die Mitglieder des Ausschusses stimmen dem Antrag zu.

Herr George betont in seinen Ausführungen die Dringlichkeit der Bewässerung des städtischen Grüns. Alternativ stellt er einen Gießsack vor.

Abstimmungsergebnis:

8:0:1

Die Beschlussvorlage wird ungeändert beschlossen.

12 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wird durch Herrn Adamek, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt um 18:30 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 11.08.20

Eiko Adamek

Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Schriftführerin